

Der Main als Handelsstraße und Lebensader Ein Fluss und seine Stadt im Wandel der Zeit

ffm. Der Main: Mit seinen 524 Kilometern zählt er nach Donau und Rhein zu den größten Flüssen Deutschlands. Schon für Kelten und Römer war er Handelsstraße und Lebensader in einem. Auch bei der Gründungslegende Frankfurts spielte er eine tragende Rolle: Erstmals urkundlich erwähnt wurde die Stadt anno 794 vom Frankenkönig Karl dem Großen. Der Karolinger war auf der Flucht vor den Sachsen und suchte eine Querung über den Main. Da entdeckten Karl und sein Gefolge eine weiße Hirschkuh, die ihnen eine passierbare Furt wies – die für die Stadt namensgebende „Franken-Furt“.

Seit Karl der Große als Dank für die schier göttliche Rettung gelobte, am Ufer des Flusses eine Stadt zu gründen, haben der Main und Frankfurt ihr Antlitz mehrfach verändert. Wo einst bewaffnete Reiter am Ufer nach einer Querung suchten, genießen heute Tag für Tag abertausende Flaneure im Schatten der Skyline das gute Wetter und die Natur. Die einen nutzen ihn für ihre sportlichen Aktivitäten, die anderen lassen sich an seinen Ufern für ein heiteres Picknick nieder – und wieder andere bestreiten den Weg zur Arbeit auf den Radwegen entlang des Mains.

Vom Handelsweg zum Menschenmagnet

Wasser übt auf Menschen mit seiner dynamischen, fließenden Bewegung eine ganz spezielle Anziehungskraft aus. Doch ursprünglich eröffnete der Fluss, der rund 250 Kilometer östlich von Frankfurt bei Kulmbach aus den beiden Quellflüssen Weißer Main und Roter Main entsteht, seinen Nachbarn eine vorzügliche Handlungsperspektive: In der Mitte Deutschlands und im Herzen Europas gelegen, bildet der Main für die Rhein-Main-Region bis heute einen zentralen Verkehrsknotenpunkt, der über seine Mündung in den Rhein bis nach Westeuropa reicht.

Wer die Bundeswasserstraße mit dem Schiff befährt, dem erschließen sich schiffbare Handelswege, die von den Nordsee-Häfen in Rotterdam bis ins Schwarze Meer reichen. Der Main war und ist damit ein wichtiges Verbindungsstück im Flussverband der europäischen Wasserstraßen. In Frankfurt fließt er über eine Strecke von 27 Kilometern. Mit seinen drei noch aktiven Häfen – dem Osthafen und dem Flusshafen Gutleuthof sowie dem Hafen des Industrieparks Höchst – und dem regen Umschlag, der an den Häfen betrieben wird, zählt Frankfurt zu den zehn größten Binnenhäfen Deutschlands.

Die Standorte Ost- und Gutleuthafen verladen jährlich knapp drei Millionen Tonnen Schiffsgüter und fertigten

allein im Jahr 2020 über 2000 Schiffe ab. Die Lade- und Entladeleistung eines Schiffes ersetzt circa 100 Lastwagenladungen und stellt damit eine enorme Entlastung für den Frachtverkehr dar. Weitere Häfen wie der Mainkai oder der Westhafen wurden um- oder zurückgebaut und dienen als Anlegestellen für Yachten und Ausflugsschiffe beziehungsweise als Uferpromenade. Um für den Schiffverkehr befahrbar zu sein, muss der Main eine Tiefe von mindestens 3,1 Metern haben.

Ein Spiegel der Klimaveränderung

Nicht nur wirtschaftliche Beziehungen, sondern auch das Spiel der Gezeiten ließen sich über die Jahrhunderte immer wieder am Main ablesen: Sowohl Hochwasser als auch Phasen der Trockenheit prägen die Geschichte des Flusses. Am Eisernen Steg sind Markierungen der gravierendsten Hochwasser, die für verheerende Überschwemmungen am Main sorgten, aufgezeichnet. Das prägnanteste und mit Abstand verheerendste von ihnen war das Magdalenenhochwasser von 1342. Damals überstieg der Main seinen normalen Pegel um knapp sieben Meter – die Fluten reichten bis zum Dach der Dreikönigskirche in Sachsenhausen; die Alte Brücke wurde komplett fortgeschwemmt. Die Stadt und ihre Bewohner brauchten Jahre, um sich von den Folgen zu erholen.

Doch auch in den vergangenen Jahren war der Main immer wieder von Überschwemmungen betroffen – das letzte größere Hochwasser ereignete sich 2011. Dabei kam ein neues Schutzsystem zum Einsatz und verhinderte, dass das Wasser bis zum Römerberg vordrang. Der Pegel des Mains wird seit 1921 durch mehrere Staustufen reguliert. So kommt es weitaus seltener zu Ausfällen in der Schifffahrt durch Niedrigwasser als vor der punktuellen Stauung. Doch auch dem hiesigen Fischbestand haben Staustufen und Flussbegradigung stark zugesetzt – weshalb der Main seit den vergangenen Jahren, etwa am Feschenheimer Mainbogen, behutsam renaturiert wird.

Ein weiteres Naturspektakel ereignete sich bis zum 19. Jahrhundert durchschnittlich in jedem zweiten Jahr: Der Main froh oft für mehrere Wochen zu. Das erfreute die Frankfurter Bevölkerung, konnte sie doch auf der dicken Eisschicht vergnügt Schlittschuh laufen und sich gefahrlos auf dem zugefrorenen Fluss tummeln. Die Zeiten sind allerdings vorbei; seit 1963 gab es keine geschlossene Eisdecke mehr auf dem Main, was auf die immer milderen Winter, hervorgerufen durch den Klimawandel, sowie die erhöhten Temperaturen infolge eingeleiteter warmer Abwässer zurückzuführen ist.

Der Main als Lebensader

Wo heute das Schlittschuhlaufen auf dem Fluss nicht mehr möglich ist, bietet sich der Main für viele andere Freizeitaktivitäten an: als Treffpunkt mit Freunden, zum Picknicken, für Wassersport jeglicher Art oder zum Joggen. Cafés und andere gastronomische Angebote sorgen für belebte Ufer im Sommer – dies- und jenseits der Innenstadt. Überall auf Wiesen oder Bänken sieht man Gruppen zusammensitzen, schlemmen, Apfelwein trinken; Musik ertönt über eine Box oder den Handylautsprecher. Manche bringen eigene Campingstühle, andere Frisbees oder Federballschläger mit.

Das Treiben an den Ufern des Mains ist mindestens so bunt wie auf dem Wasser: Ruderboote ziehen vorbei, Stand-Up-Paddler drehen ihre Runden, ein Motorboot nimmt Fahrt auf, Frachtschiffe und Ausflugsschiffe mit winkenden Gästen schippern vorbei. Wie beliebt das Sportangebot auf dem Main ist, zeigt sich an den 30 Wassersport-Vereinen mit rund 5500 aktiven Mitgliedern, die in Frankfurt beheimatet sind. Der älteste von ihnen ist der Frankfurter Ruderverein von 1865, dessen Bootshaus sich auf der Maininsel an der Alten Brücke befindet. Dieses grüne Fleckchen Erde mitten im Fluss ist ein wichtiger Brutplatz für zahlreiche Wasservögel sowie Rastplatz für Zugvögel, weswegen ein Magistratsbeschluss von 1977 festlegt, die Insel wie ein Naturschutzgebiet zu behandeln. Zum Schutz der Vögel ist sie der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Je mehr Menschen jedoch den Main zur Erholung nutzen, umso höher ist auch die Menge an Abfall, der an den Ufern anfällt.

Dem begegnet die Stadt mit über 1000 Mülleimern und täglichen Reinigungstouren, aber auch mit Aufklärungsarbeit: Die 2017 gegründete Initiative #cleanffm schafft mit ihren Aktionen und Kampagnen ein Bewusstsein für das eigene Wegwerfverhalten.

Und wie steht's mit der Wasserqualität?

Galt der Main noch in den 70er Jahren als einer der am stärksten verunreinigten Flüsse Europas und biologisch so gut wie tot, hat sich die Wasserqualität mittlerweile durch verschiedene Maßnahmen spürbar verbessert. Allerdings ist der Main durch die Einleitung von Abwässern keimbelastet und sollte daher nicht zum Baden genutzt werden. Die Fischerei, die mit über 1000 Jahren älteste gemeldete Zunft in Frankfurt, kam aufgrund der Verunreinigung des Flusses und dem daraus resultierenden Artensterben zum Erliegen. Die meisten der heimischen Fischarten sind inzwischen zwar in den Main zurückgekehrt, können sich aber kaum von alleine halten. Die Stadt und die Frankfurter Schiffer- und Fischerzunft wirken dem durch gezielten Besatz mit Jungfischen entgegen.

So alt wie die Geschichte des Mains und der Stadt Frankfurt ist, so klar ist vorgezeichnet, was geschehen muss, um den Fluss noch lebenswerter für Mensch und Tier zu gestalten: die Industrie und die Natur in Einklang bringen und den Fluss renaturieren, wo es möglich ist. Das erfordert den Einsatz der Stadt, aber auch das Mitwirken der Bevölkerung und den Respekt vor der Natur, damit der Fluss auch in den nächsten Jahren und Jahrhunderten Zentrum des städtischen Lebens bleiben kann.

Text: Melina Adam



Surfen Sie auf unserer Welle!

www.frankfurt.de

Öffentliche Ausschreibungen

Bekanntmachung von öffentlichen Ausschreibungen

Alle öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Frankfurt am Main finden Sie im Internet unter www.vergabe.stadt-frankfurt.de

Amt für Bau und Immobilien Personal- und Organisationsamt, Alte Mainzer Gasse 4 – Vorhänge/Verdunklung –

Offenes Verfahren Nr. 25-2023-00072 nach VOB/A Abschnitt 2

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: udo.weide@stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-38590
E-Mail: udo.weide@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
 1. www.simap.eu.int
 2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
25-2023-00072
- 2.2) Beschreibung des Gegenstandes / des Auftrages:
Bauvorhaben/Maßnahme:
Gesamtsanierung des Gebäudes

Art der Arbeiten/Leistungen:
Vorhänge, Verdunklung
- 2.3) Objekt/Liegenschaft:
Personal- und Organisationsamt
Alte Mainzer Gasse 4
60311 Frankfurt am Main
- 2.4) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
27.05.2024 bis 20.02.2025
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
29.08.2023, 11:00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
27.05.2024 bis 20.02.2025
- 4.1) Zusätzliche Angaben:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:
 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

**Amt für Bau und Immobilien
Personal- und Organisationsamt,
Alte Mainzer Gasse 4
– Glasbauarbeiten –**

**Offenes Verfahren Nr. 25-2023-00234 nach VOB/A
Abschnitt 2**

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: udo.weide@stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-38590
E-Mail: udo.weide@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
 1. www.simap.eu.int
 2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
25-2023-00234
- 2.2) Beschreibung des Gegenstandes / des Auftrages:
Bauvorhaben/Maßnahme:
Gesamtsanierung des Gebäudes

Art der Arbeiten/Leistungen:
Glasbauarbeiten II
- 2.3) Objekt/Liegenschaft:
Personal- und Organisationsamt
Alte Mainzer Gasse 4
60311 Frankfurt am Main
- 2.4) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
24.10.2023 bis 04.04.2024
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
29.08.2023, 10:00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
24.10.2023 bis 04.04.2024
- 4.1) Zusätzliche Angaben:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

**Amt für Bau und Immobilien
verschiedene Dienststellen
im Stadtgebiet
– Pforten- und Empfangsdienste –
Offenes Verfahren Nr. 25-2023-00235 nach VgV**

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-30997
E-Mail: armin.gerbsch@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-30997
Telefax: 069 212-39599
E-Mail: armin.gerbsch@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de

- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
1. www.simap.eu.int
2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
25-2023-00235
- 2.2) Art des Auftrages:
Dienstleistungskategorie
- 2.2) Kurze Beschreibung:
Beschaffung dient des regelmäßigen Bedarfs von Empfangs- und Pforten- Bewachungsdienste in städtischen Dienstgebäude des Rathaus Römer und weiteren Pfortnerlogen.
- 2.3) Hauptort der Ausführung:
Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main verteilt über das gesamte Stadtgebiet
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Empfangsdienst und Pfortendienst in 5 Liegenschaften der Stadt Frankfurt am Main. Empfangs und Pfortendienste mit Arbeitnehmerüberlassung an jedem Wochentag nach Arbeitsanweisungen in den einzelnen Dienststellen oder Pforten.
CPV-Referenznummer(n): 79992000-4
- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
01.10.2023 bis 30.09.2025
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
29.08.2023, 12:00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
29.08.2023
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
01.10.2023 bis 30.09.2025
- 4.1) Zusätzliche Angaben:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammern des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Wilhelminenstraße 1 - 3
64283 Darmstadt
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
- Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

Amt für Bau und Immobilien Mainzer Landstraße 701 und weitere Dienststellen

– Objekt- und Fachplanungsleistungen –

Verhandlungsverfahren Nr. 25-2023-00236 nach VgV

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Kontaktstelle: Dagmar Schnabel
Telefon: 069 212-74544
E-Mail: info.25.61@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
PROPROJEKT - Planungsmanagement & Projektberatung GmbH
Hedderichstraße 108 - 110
60596 Frankfurt am Main
Kontaktstelle(n): Antonia Fiedler
Telefon: 069 6050114-26
Telefax: 069 6050114-44
E-Mail: vergabemanagement@proprojekt.de
Internet: www.proprojekt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
1. www.simap.eu.int
2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
25-2023-00236
- 2.2) Art des Auftrages:
Dienstleistungskategorie

2.2) Kurze Beschreibung:
Objekt- und Fachplanungsleistungen in 5 Lose:

Los 1:

Gesamtplanung

- OPL Gebäude und Innenräume gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an HOAI §§ 33ff,
- FPL Techn. Ausrüstung gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an HOAI §§ 53ff,
- OPL Freianlagen gem. §§ 39ff HOAI

Los 2:

- FPL Tragwerksplanung gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an HOAI §§ 49ff

Los 3:

- OPL Ingenieurbauwerke gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an HOAI §§ 44ff

Los 4:

- FPL (Vorbeugender) Brandschutz gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an AHO Nr. 17 (Dez. 2022, Leistungsbild Brandschutz)

Los 5:

- FPL Bauphysik (Wärmeschutz, Schallschutz, Raumakustik) gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an Anlage 1 HOAI, Abschnitt 1.2.1

2.3) Hauptort der Ausführung (Los 1):
Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 701 und weitere Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main, verteilt über das gesamte Stadtgebiet

2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 1):
Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt den Neubau der sechszügigen Integrierten Gesamtschule 15 (IGS 15) und einer 6-Felder-Sporthalle sowie die Erweiterung der Fridtjof-Nansen-Schule (FNS) auf dem Grundstück der Mainzer Landstraße 701 in Frankfurt-Nied. Die zum Schuljahr 2018/2019 als vierzügige Schule gegründete IGS 15 befindet sich derzeit an einem provisorischen Standort in der Palleskestraße 60. Aufgrund des wachsenden Bedarfs an IGS-Schulplätzen und der damit verbundenen Erweiterung auf die Sechszügigkeit sowie der begrenzten Kapazität am aktuellen Schulstandort ist der Neubau der IGS in der Mainzer Landstraße geplant. Unmittelbar angrenzend an das Grundstück befindet sich die FNS. Die dreizügige Grundschule benötigt im Rahmen des Ausbaus auf die Ganztagsfähigkeit insbesondere Räumlichkeiten zur Essensversorgung und der Betreuung. Zur Nutzung von Synergien zwischen der FNS und der IGS 15 sollen die erforderlichen Erweiterungen der FNS in den Neubau der IGS 15 integriert werden. Ergänzend zu den Schulgebäuden ist die Errichtung einer 6-Feld-Sporthalle geplant.

Für den Neubau sowie die technische Erschließung beabsichtigt die Stadt Frankfurt die Beauftragung von Objekt- und Fachplanern für die Objektplanung Gebäude und Innenräume, Fachplanung Technische Ausrüstung, Objektplanung Freianlagen, Fachplanung Tragwerksplanung, Objektplanung Ingenieurbauwerke, Fachplanung Brandschutz und Fachplanung Bauphysik.

Die hier ausgeschriebenen Leistungen sollen in 5 Losen vergeben werden (s. Punkt II.1.4)

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenden Leistungen werden für das Schulgebäude auf ca. 33,7 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 23,6 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 10,1 Mio. € netto.

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenden Leistungen werden für die 6-Felder-Sporthalle auf ca. 11,6 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 10,0 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 1,6 Mio. € netto.

Leistungsumfang Los 1:

Gesamtplanung

- OPL Gebäude und Innenräume gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an HOAI §§ 33ff, Leistungsphasen 1-9 (ggf. in Teilleistungen)
 - FPL Techn. Ausrüstung gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an HOAI §§ 53ff, Leistungsphasen 1-9 (ggf. in Teilleistungen)
 - OPL Freianlagen gem. §§ 39ff HOAI, Leistungsphasen 1-8 (ggf. in Teilleistungen)
- Grundleistungen der o.g. Leistungsphasen zzgl. Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung

Honorarzone(n) Los 1:

Objektplanung Gebäude und Innenräume: III

Fachplanung:

Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1-6): II

Fachplanung:

Technische Ausrüstung (Anlagengruppe 8): III

Objektplanung:

Freianlagen: IV

Es wird angestrebt, die Planungen unmittelbar nach dem Vergabeverfahren zu beginnen. Ggf. wird es für die Anmeldung von Baumitteln im Haushalt zu Unterbrechungen kommen.

(Die in der Bekanntmachung genannten Termine und Fristen sind lediglich geschätzt und sind nicht als verbindlich anzunehmen.)

CPV-Referenznummer(n): 71000000-8 / 71200000-0 / 71300000-1 / 71320000-7 / 71222000-0 / 71321000-4

2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages (Los 1): siehe Vergabeunterlagen

- 2.3) Hauptort der Ausführung (Los 2):
Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 701, und weitere Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main, verteilt über das gesamte Stadtgebiet
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 2):
Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt den Neubau der sechszügigen Integrierten Gesamtschule 15 (IGS 15) und einer 6-Felder-Sporthalle sowie die Erweiterung der Fridtjof-Nansen-Schule (FNS) auf dem Grundstück der Mainzer Landstraße 701 in Frankfurt-Nied. Die zum Schuljahr 2018/2019 als vierzügige Schule gegründete IGS 15 befindet sich derzeit an einem provisorischen Standort in der Palleskestraße 60. Aufgrund des wachsenden Bedarfs an IGS-Schulplätzen und der damit verbundenen Erweiterung auf die Sechszügigkeit sowie der begrenzten Kapazität am aktuellen Schulstandort ist der Neubau der IGS in der Mainzer Landstraße geplant. Unmittelbar angrenzend an das Grundstück befindet sich die FNS. Die dreizügige Grundschule benötigt im Rahmen des Ausbaus auf die Ganztagsfähigkeit insbesondere Räumlichkeiten zur Essensversorgung und der Betreuung. Zur Nutzung von Synergien zwischen der FNS und der IGS 15 sollen die erforderlichen Erweiterungen der FNS in den Neubau der IGS 15 integriert werden. Ergänzend zu den Schulgebäuden ist die Errichtung einer 6-Feld-Sporthalle geplant.

Für den Neubau sowie die technische Erschließung beabsichtigt die Stadt Frankfurt die Beauftragung von Objekt- und Fachplanern für die Objektplanung Gebäude und Innenräume, Fachplanung Technische Ausrüstung, Objektplanung Freianlagen, Fachplanung Tragwerksplanung, Objektplanung Ingenieurbauwerke, Fachplanung Brandschutz und Fachplanung Bauphysik.

Die hier ausgeschriebenen Leistungen sollen in 5 Losen vergeben werden (s. Punkt II.1.4)

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenden Leistungen werden für das Schulgebäude auf ca. 33,7 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 23,6 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 10,1 Mio. € netto.

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenden Leistungen werden für die 6-Felder-Sporthalle auf ca. 11,6 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 10,0 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 1,6 Mio. € netto.

Leistungsumfang Los 2: Fachplanungsleistungen der Tragwerksplanung gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an §§ 49ff HOAI, Leistungsphasen 1-3 (ggf. in Teilleistungen)

Grundleistungen der o.g. Leistungsphasen zzgl. Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung

Honorarzone:

Tragwerksplanung: III

Es wird angestrebt, die Planungen unmittelbar nach dem Vergabeverfahren zu beginnen. Ggf. wird es für die Anmeldung von Baumitteln im Haushalt zu Unterbrechungen kommen.

CPV-Referenznummer(n): 71000000-8 / 71300000-1 / 71327000-6

- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages (Los 2): siehe Vergabeunterlagen
- 2.3) Hauptort der Ausführung (Los 3):
Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 701, und weitere Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main, verteilt über das gesamte Stadtgebiet
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 3):
Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt den Neubau der sechszügigen Integrierten Gesamtschule 15 (IGS 15) und einer 6-Felder-Sporthalle sowie die Erweiterung der Fridtjof-Nansen-Schule (FNS) auf dem Grundstück der Mainzer Landstraße 701 in Frankfurt-Nied. Die zum Schuljahr 2018/2019 als vierzügige Schule gegründete IGS 15 befindet sich derzeit an einem provisorischen Standort in der Palleskestraße 60. Aufgrund des wachsenden Bedarfs an IGS-Schulplätzen und der damit verbundenen Erweiterung auf die Sechszügigkeit sowie der begrenzten Kapazität am aktuellen Schulstandort ist der Neubau der IGS in der Mainzer Landstraße geplant. Unmittelbar angrenzend an das Grundstück befindet sich die FNS. Die dreizügige Grundschule benötigt im Rahmen des Ausbaus auf die Ganztagsfähigkeit insbesondere Räumlichkeiten zur Essensversorgung und der Betreuung. Zur Nutzung von Synergien zwischen der FNS und der IGS 15 sollen die erforderlichen Erweiterungen der FNS in den Neubau der IGS 15 integriert werden. Ergänzend zu den Schulgebäuden ist die Errichtung einer 6-Feld-Sporthalle geplant.

Für den Neubau sowie die technische Erschließung beabsichtigt die Stadt Frankfurt die Beauftragung von Objekt- und Fachplanern für die Objektplanung Gebäude und Innenräume, Fachplanung Technische Ausrüstung, Objektplanung Freianlagen, Fachplanung Tragwerksplanung, Objektplanung Ingenieurbauwerke, Fachplanung Brandschutz und Fachplanung Bauphysik.

Die hier ausgeschriebenen Leistungen sollen in 5 Losen vergeben werden (s. Punkt II.1.4)

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenden Leistungen werden für das Schulgebäude auf ca. 33,7 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 23,6 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 10,1 Mio. € netto.

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenden Leistungen werden für die 6-Felder-Sporthalle auf ca. 11,6 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 10,0 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 1,6 Mio. € netto.

Leistungsumfang Los 3:
Objektplanungsleistungen Ingenieurbauwerke (Erschließung) gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an §§ 41ff HOAI, Leistungsphasen 1-9 (ggf. in Teilleistungen)

Grundleistungen der o.g. Leistungsphasen zzgl. Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung

Honorarzone:
Objektplanungsleistungen Ingenieurbauwerke (Erschließung): III

Es wird angestrebt, die Planungen unmittelbar nach dem Vergabeverfahren zu beginnen. Ggf. wird es für die Anmeldung von Baumitteln im Haushalt zu Unterbrechungen kommen.

CPV-Referenznummer(n): 71000000-8 / 71300000-1

2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages (Los 3):
siehe Vergabeunterlagen

2.3) Hauptort der Ausführung (Los 4):
Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 701, und weitere Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main, verteilt über das gesamte Stadtgebiet

2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 4):
Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt den Neubau der sechszügigen Integrierten Gesamtschule 15 (IGS 15) und einer 6-Felder-Sporthalle sowie die Erweiterung der Fridtjof-Nansen-Schule (FNS) auf dem Grundstück der Mainzer Landstraße 701 in Frankfurt-Nied. Die zum Schuljahr 2018/2019 als vierzügige Schule gegründete IGS 15 befindet sich derzeit an einem provisorischen Standort in der Palleskestraße 60. Aufgrund des wachsenden Bedarfs an IGS-Schulplätzen und der damit verbundenen Erweiterung auf die Sechszügigkeit sowie der begrenzten Kapazität am aktuellen Schulstandort ist der Neubau der IGS in der Mainzer Landstraße geplant. Unmittelbar angrenzend an das Grundstück befindet sich die FNS. Die dreizügige Grundschule benötigt im Rahmen des Ausbaus auf die Ganztagsfähigkeit insbesondere Räumlichkeiten zur Essensversorgung und der Betreuung. Zur Nutzung von Synergien zwischen der FNS und der IGS 15 sollen die erforderlichen Erweiterungen der FNS in den Neubau der IGS 15 integriert werden. Ergänzend zu den Schulgebäuden ist die Errichtung einer 6-Feld-Sporthalle geplant.

Für den Neubau sowie die technische Erschließung beabsichtigt die Stadt Frankfurt die Beauftragung von Objekt- und Fachplanern für die Objektplanung Gebäude und Innenräume, Fachplanung Technische Ausrüstung, Objektplanung Freianlagen, Fachplanung Tragwerksplanung, Objektplanung Ingenieurbauwerke, Fachplanung Brandschutz und Fachplanung Bauphysik.

Die hier ausgeschriebenen Leistungen sollen in 5 Losen vergeben werden (s. Punkt II.1.4)

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenen Leistungen werden für das Schulgebäude auf ca. 33,7 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 23,6 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 10,1 Mio. € netto.

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenen Leistungen werden für die 6-Felder-Sporthalle auf ca. 11,6 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 10,0 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 1,6 Mio. € netto.

Leistungsumfang Los 4: Fachplanungsleistungen des (vorbeugenden) Brandschutzes gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an AHO Heft Nr. 17 (Dezember 2022), Leistungsphasen 1-5, 8 (ggf. in Teilleistungen)

Grundleistungen der o.g. Leistungsphasen zzgl. Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung

Es wird angestrebt, die Planungen unmittelbar nach dem Vergabeverfahren zu beginnen. Ggf. wird es für die Anmeldung von Baumitteln im Haushalt zu Unterbrechungen kommen.

CPV-Referenznummer(n): 71000000-8 / 71300000-1

2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages (Los 4):
siehe Vergabeunterlagen

2.3) Hauptort der Ausführung (Los 5):
Frankfurt am Main, Mainzer Landstraße 701, und weitere Dienststellen der Stadt Frankfurt am Main, verteilt über das gesamte Stadtgebiet

2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 5):
Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt den Neubau der sechszügigen Integrierten Gesamtschule 15 (IGS 15) und einer 6-Felder-Sporthalle sowie die Erweiterung der Fridtjof-Nansen-Schule (FNS) auf dem Grundstück der Mainzer Landstraße 701 in Frankfurt-Nied. Die zum Schuljahr 2018/2019 als vierzügige Schule gegründete IGS 15 befindet sich derzeit an einem provisorischen Standort in der Palleskestraße 60. Aufgrund des wachsenden Bedarfs an IGS-Schulplätzen und der damit verbundenen Erweiterung auf die Sechszügigkeit sowie der begrenzten Kapazität am aktuellen Schulstandort ist der Neubau der IGS in der Mainzer Landstraße geplant. Unmittelbar angrenzend an das Grundstück befindet sich die FNS. Die dreizügige Grundschule benötigt im Rahmen des Ausbaus auf die Ganztagsfähigkeit insbesondere Räumlichkeiten zur Essensversorgung und der Betreuung. Zur Nutzung von Synergien zwischen der FNS und der IGS 15 sollen die erforderlichen Erweiterungen der FNS in den Neubau der IGS 15 integriert werden. Ergänzend zu den Schulgebäuden ist die Errichtung einer 6-Feld-Sporthalle geplant.

Für den Neubau sowie die technische Erschließung beabsichtigt die Stadt Frankfurt die Beauftragung von Objekt- und Fachplanern für die Objektplanung Gebäude und Innenräume, Fachplanung Technische Ausrüstung, Objektplanung Freianlagen, Fachplanung Tragwerksplanung, Objektplanung Ingenieurbauwerke, Fachplanung Brandschutz und Fachplanung Bauphysik.

Die hier ausgeschriebenen Leistungen sollen in 5 Losen vergeben werden (s. Punkt II.1.4)

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenen Leistungen werden für das Schulgebäude auf ca. 33,7 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 23,6 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 10,1 Mio. € netto.

Die voraussichtlichen Kosten der zu vergebenen Leistungen werden für die 6-Felder-Sporthalle auf ca. 11,6 Mio. € netto für die KG 300+400 (exkl. Abbruch und Baugrubenverbau) geschätzt. Davon entfallen auf die KG 300 ca. 10,0 Mio. € netto, auf die KG 400 ca. 1,6 Mio. € netto.

Leistungsumfang Los 5: Fachplanungsleistungen der Bauphysik (Wärmeschutz, Bauakustik, Raumakustik) gem. Leistungsbild d. Amtes für Bau und Immobilien in Anlehnung an Anlage 1, Abschnitt 1.2.1 HOAI, Leistungsphasen 1-3 (ggf. in Teilleistungen) und optional bis Leistungsphase 7 für die Leistungen Wärmeschutz und Energiebilanzierung, Bauakustik, Raumakustik

Grundleistungen der o.g. Leistungsphasen zzgl. Besondere Leistungen, stufenweise Beauftragung

Es wird angestrebt, die Planungen unmittelbar nach dem Vergabeverfahren zu beginnen. Ggf. wird es für die Anmeldung von Baumitteln im Haushalt zu Unterbrechungen kommen.

CPV-Referenznummer(n):
71000000-8 / 71300000-1

2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages (Los 5):
siehe Vergabeunterlagen

3.1) Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge:
31.08.2023, 12:00 Uhr

Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 29.09.2023

3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
01.03.2024 bis 28.04.2028

4.1) Zusätzliche Angaben:

A) Die Verfahrenssprache ist deutsch. Das bedeutet insbesondere, dass die Teilnahmeanträge (und auch Angebote) in deutscher Sprache einzureichen sind und die Kommunikation mit dem AG in deutscher Sprache erfolgt. Sofern ein fremdsprachiger Nachweis als Bestandteil eines Teilnahmeantrags oder

Angebots vorgelegt wird, ist neben dem Nachweis jeweils eine beglaubigte Übersetzung des Nachweises vorzulegen.

- B) Bewerber, die an dem Vergabeverfahren teilnehmen wollen, sind verpflichtet sich mit einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung sowie einer elektronischen E-Mail-Adresse unter <https://vergabe.stadt-frankfurt.de/NetServer/> zu registrieren. Nicht registrierte Unternehmen müssen sich eigenverantwortlich auf dem Vergabeportal zum aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren (Holschuld). Tun Sie das nicht regelmäßig, tragen Sie das Risiko, eine Information zu verpassen und ein Angebot auf der Grundlage veralteter Vergabeunterlagen zu erstellen und daraufhin auf Grund fehlerhafter Unterlagen vom Verfahren ausgeschlossen zu werden.
- C) Die über die Vergabepattform zur Verfügung gestellten Bewerbungsunterlagen (vgl. Ziffer I.3 der EU-Bekanntmachung) beinhalten alle notwendigen Informationen zur Erstellung des Teilnahmeantrages. Für die Einreichung des Teilnahmeantrags ist ausschließlich das zur Verfügung gestellte Formblatt mit der Bezeichnung „Teilnahmeantrag“ sowie bei Bedarf die Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage 01 zum Teilnahmeantrag) bzw. die Verpflichtungserklärung Nachunternehmer mit Eignungsleihe (Anlage 02 zum Teilnahmeantrag) zu verwenden. Zudem ist mit dem Teilnahmeantrag die Eigenerklärung zum BMWK-Rundschreiben (Anlage 03 zum Teilnahmeantrag) einzureichen.
- D) Enthalten die Bewerbungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen. Fragen des Bewerbers zum Vergabefahren sind ausschließlich über das Kommunikationstool bis spätestens 7 Tage vor Angebotsfrist zu richten. Der AG behält sich vor, nach diesem Zeitpunkt eingehende Fragen nicht mehr zu beantworten. Es werden insbesondere keine telefonischen oder mündlichen Auskünfte erteilt. Für das Vergabeverfahren sind nur in Textform erteilte Auskünfte und/ oder Antworten maßgebend.
- E) Der Teilnahmeantrag sowie die geforderten Anlagen sind elektronisch und ausschließlich über die e-Vergabepattform einzureichen. Entscheidend dabei ist der Eingang der Unterlagen, nicht der Zeitpunkt, zu dem das Versenden des Teilnahmeantrags gestartet wurde. Die Abgabe in Papierform ist nicht zugelassen. Bitte berücksichtigen Sie daher einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf für die elektronische Übertragung Ihres Teilnahmeantrags. Elektronische Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen. Bei elektronischer Übermittlung in Textform (§ 126b BGB) ist der Bewerber und die zur Vertretung der Bewerbergemeinschaft berechnete natürliche Person zu benennen. Der Teilnahmeantrag ist zusammen mit den erforderlichen Nachweisen bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist über die Vergabepattform einzureichen.

- F) Von der Vorlage weiterer als der beschriebenen Nachweise ist abzusehen. Weiterhin werden Firmenbroschüren nicht beachtet. Eine Kostenerstattung für die Erstellung der Bewerbung zur Teilnahme an o.g. Vergabeverfahren wird seitens des Auftraggebers nicht gewährt.
- G) Der AG behält sich das Nachfordern nach Maßgabe des § 56 Abs. 4 VgV vor.
- H) Bei Mehrfachbeteiligung von Bieterinnen als Einzelbieter und/ oder Mitglied einer/ mehrerer Bietergemeinschaft/ en sowie von Unterauftragnehmern, wird der AG einzelfallbezogen entscheiden, ob ein Ausschluss unter dem Gesichtspunkt einer Wettbewerbsbeeinflussung geboten ist. Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bieterinnen/ Bietergemeinschaften führt in jedem Fall zwingend zum Angebotsausschluss.
- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammern des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Wilhelminenstraße 1 - 3
64283 Darmstadt
Telefon: 06151120
E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de
Internet: www.rpda.hessen.de
- Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB)

Amt für Bau und Immobilien Deutsches Architekturmuseum, Schaumainkai 43

– Putz- und Malerarbeiten –

Offenes Verfahren Nr. 25-2023-00240 nach VOB/A Abschnitt 2

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: volker.braun@stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-74361
E-Mail: volker.braun@stadt-frankfurt.de
Internet: www.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
 1. www.simap.eu.int
 2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
25-2023-00240
- 2.2) Beschreibung des Gegenstandes / des Auftrages:
Bauvorhaben/Maßnahme:
2. BA - Energetische Sanierung und Brandschutz

Art der Arbeiten/Leistungen:
Innenputzarbeiten, Innendämmung mit Calciumsilikatplatten, Dämmputz Fensterleibungen, Außendämmputz 3. OG, Malerarbeiten innen und außen, Lackierarbeiten
- 2.3) Objekt/Liegenschaft:
Deutsches Architekturmuseum,
Schaumainkai 43, 60596 Frankfurt am Main
- 2.4) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
09.10.2023 bis 22.12.2023
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
31.08.2023, 11:30 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
09.10.2023 bis 22.12.2023

- 4.1) **Zusätzliche Angaben:**
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
- 5.2) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:**
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt
- Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).



Amt für Bau und Immobilien Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Mainzer Landstraße 293

– Unterhaltsreinigung –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2023-00244 nach UVgO

- a) **Auftraggeber (Vergabestelle):**
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-35470
E-Mail: tanja.winzer@stadt-frankfurt.de
- Einreichung der Angebote:**
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle 3. OG
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
- b) **Art der Vergabe:**
Öffentliche Ausschreibung
- c) **Form, in der Angebote einzureichen sind:**
- schriftlich
 - elektronisch in Textform
 - elektronisch mit fortgeschrittener Signatur
 - elektronisch mit qualifizierter Signatur
- d) **Bezeichnung des Auftrags:**
UHR Amt für Multikulturelle Angelegenheiten
- Art und Umfang der Leistung:**
13.943,19 m² Unterhaltsreinigung
65,38 m² Reinigung nach HACCP
- Ort der Leistung:**
Amt für Multikulturelle Angelegenheiten
Mainzer Landstraße 293
60326 Frankfurt am Main
- NUTS-Code:** DE712
- e) **Unterteilung in Lose:** nein
- f) **Nebenangebote:**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- g) **Ausführungsfrist:**
Die Vertragslaufzeit beträgt 1 Jahr
- Beginn:** 01.10.2023
Ende: 30.09.2024
- h) **Anfordern der Unterlagen bei:** siehe a)
- Anforderungsfrist:** 22.08.2023, 11:59 Uhr
- Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen:** siehe a)
- i) **Ablauf der Angebotsfrist:** 22.08.2023 12:00 Uhr
Bindefrist: 30.09.2023
- j) **Sicherheitsleistungen:** –

- k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
1. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
 - 1.1 Handelsregisterauszug bzw. Auszug aus der Handelsrolle (nicht älter als ein Jahr zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist).
 2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 - 2.1 Einen Nachweis über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssummen für Personen-, Sach- und Vermögensschäden pauschal 5 Mio. € p. a. x 2, Tätigkeits- bzw. Bearbeitungsschäden 5 Mio. € p. a. x 2, und Schlüsselschäden 100.000 € p. a. x 2, sowie Umwelthaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und mitversicherte Vermögensschäden pauschal 5 Mio. € je Schadenfall gemäß 9.2.9 der besonderen Vertragsbedingungen. Sollten diese Mindestdeckungssummen nicht nachgewiesen werden können, ist eine Erklärung der Versicherung auf Erhöhung bis zu den geforderten Summen im Zuschlagsfall vorzulegen. Der Versicherungsnachweis darf nicht älter als ein Jahr zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist sein.
 - 2.2 Umsatzhöhe der letzten zwei abgeschlossenen Geschäftsjahre im Bereich der ausgeschriebenene Reinigungsleistungen.
 3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
 - 3.1 Drei Referenzen über vergleichbare Leistungen, die von Art und Umfang mit den ausgeschriebenene Leistungen vergleichbar sind (Ämter/Verwaltungsgebäude). Jede der zwei Referenzen muss mindestens eine Gesamtgröße von 4.000 m² aufweisen und darf nicht älter als zwei Jahre sein. Das beiliegende Formblatt „Anlage 3.1 der Bieter-Checkliste“ ist zwingend auszufüllen.
 - 3.2 Darstellung der Arbeitsorganisation für die ausgeschriebenene Leistung. Ausführungen mindestens über: Objektübernahme und -vorbereitung sowie Darstellung der Einarbeitung, Reinigungsplan, Arbeitskleidung, Geräteeinsatz im Objekt, Reinigungsmittel/-chemie, ggf. mit Bilddarstellung.
 - 3.3 Aktuelle Gesamtanzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Unternehmen mit Aufschlüsselung der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtige und geringfügig Beschäftigte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
 - 3.4 Benennung des/der Qualitätsbeauftragten Ihres Unternehmens (Angabe: Name der Person und Qualifikation).
 - 3.5 Aussagefähige Darstellung des Konzeptes zur Qualitätssicherung hinsichtlich Dokumentation und unangemeldeter Qualitätskontrollen:
 - In welcher Form und in welchen Abständen erfolgen unangemeldete Qualitätskontrollen (gem. § 9.2.7 der besonderen Vertragsbedingungen)?
 - Wie werden die Ergebnisse dokumentiert und ausgewertet?
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)
- 1 Preis (70%)
 - 2 Qualität (30%)
- o) Nichtberücksichtigte Angebote: –
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: nein
- q) Sonstige Informationen:
Kostenloser Download und Angebotsabgabe unter: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden.
Die Angebote müssen alle geforderten Angaben, Erklärungen und Preise enthalten. Von einer Nachforderungsmöglichkeit der Unterlagen gemäß § 41 Abs. 2 UVgO wird die Vergabestelle absehen. Unvollständige Angebote werden demzufolge ohne Nachforderung ausgeschlossen.
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass folgende Unterlagen zwingend mit dem Angebot einzureichen sind:
- Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes (sozialpflichtige Beschäftigte),
 - Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes Midi Beschäftigte,
 - Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes (geringfügige Beschäftigte),
 - Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes Objektleiter,
 - Aufschlüsselung des Stundenverrechnungssatzes Vorarbeiter,
 - Bestätigung der Objektbesichtigung,
 - Kriterien Unterweisung UVV (vollständig ausgefüllt),
 - Formular Eigenerklärung zur Eignung (vollständig ausgefüllt und unterschrieben),
 - Formblatt Referenzen,
 - Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen gemäß HVTG.
- Es ist der aktuelle, zum Zeitpunkt des Ausführungsbeginns gültige, Tariflohn anzugeben.
Zusätzliche Angaben/Nachweise:
Niederlassung im Rhein-Main Gebiet (ca. 40 km im Umkreis Frankfurt am Main)?
- Wenn ja, Adresse angeben
 - Wenn nein, ausführliche Darstellung, wie die vertragsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden soll.
 - Auflistung bzw. Darstellung der Gesamtgeräteausrüstung im Betrieb

Erläuterung zum Wertungsschema:

1. Erläuterung zum Kriterium Preis:

Die Wertung des Kriteriums „Preis“ wird wie folgt vorgenommen:
Der niedrigste angebotene Preis, aller wertbaren Bieterangebote erhält die volle Punktzahl. Die übrigen Angebote werden dazu ins Verhältnis gesetzt.

2. Erläuterung zum Kriterium Qualität:

Zur Bemessung der Qualität wird zunächst der Mittelwert der Wochenstunden aller wertbaren Bieterangebote ermittelt. Alle Wochenstundensätze ab dem Mittelwert und darüber hinaus erhalten die volle Punktzahl von 30 Punkten. Unterhalb des Mittelwertes erfolgt eine lineare Reduzierung der Punktzahl, die bei einer Unterschreitung dieses Wertes um 20% bei der Punktzahl 1 endet.

Nach § 26 Abs. 6 UVgO sind alle Aufgaben bei der Leistungserbringung unmittelbar vom Auftragnehmer auszuführen.

Amt für Bau und Immobilien

Freie Christliche Schule,

Jakobsbrunnenstraße 1

– Tischlerarbeiten –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2023-00247 nach VOB/A

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: nicole.masiorek@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 25-2023-00247

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Zugelassene Angebotsabgabe:

- schriftlich
- elektronisch in Textform
- elektronisch mit fortgeschrittener Signatur/Siegel
- elektronisch mit qualifizierter Signatur/Siegel

d) Art des Auftrags:

- Ausführung von Bauleistungen
- Planung und Ausführung von Bauleistungen
- Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung:

Freie Christliche Schule
Jakobsbrunnenstraße 1
60486 Frankfurt am Main

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen:

Art der Leistung:

Bei den nachfolgend beschriebenen Bauleistungen handelt es sich um Tischlerarbeiten, die den Einbau von Innentüren im Hauptgebäude und im Pavillion 2 umfassen.

Hierbei sind folgende Gewerke betroffen:

- Tischlerarbeiten gem. DIN 18 355
- Maler- und Lackierarbeiten gem. DIN 18 363
- Abbruch- und Rückbauarbeiten gem. DIN 18 459

Umfang der Leistung:

Die Julius-Leber-Schule, derzeit in der Seilerstraße 32 in Frankfurt am Main ansässig, soll ab Ende des Jahres 2023 saniert werden. Hierzu ist vorab eine Teilauslagerung der Berufsschule in die ehemalige Freie Christliche Schule in der Jakobsbrunnenstraße 1 im Frankfurter Stadtteil Fechenheim beabsichtigt. Es ist geplant die derzeit leer stehenden Gebäude Hauptgebäude, Pavillion 1 und Pavillion 2 wieder zu nutzen. In Abstimmung mit der Branddirektion Frankfurt und der Unfallkasse Hessen sind verschiedene brandschutzrelevante Maßnahmen zur Verbesserung der Rettungswegsituationen geplant.

Leistungen:

Bei den nachfolgend beschriebenen Bauleistungen handelt es sich um Tischlerarbeiten, die den Einbau von Innentüren im Hauptgebäude und im Pavillion 2 umfassen.

Hierbei sind folgende Gewerke betroffen:

- Tischlerarbeiten gem. DIN 18 355
- Maler- und Lackierarbeiten gem. DIN 18 363
- Abbruch- und Rückbauarbeiten gem. DIN 18 459

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:

Zweck der baulichen Anlage:
schulische Nutzung

Zweck des Auftrags:
interimsweise Teilauslagerung einer Berufsschule

h) Aufteilung in Lose: nein

Ja, Angebote sind möglich:

- nur für ein Los
- für ein oder mehrere Lose
- nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen:

Beginn der Ausführung: 13.11.2023
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 01.12.2023

j) Nebenangebote: zugelassen

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- nicht zugelassen

- k) Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist: zugelassen
 nicht zugelassen
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:
 Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 Vergabeunterlagen werden nicht elektronisch zur Verfügung gestellt
 Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
- Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden: nachgefordert
 teilweise nachgefordert
 nicht nachgefordert
- m) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- o) Ablauf der Angebotsfrist: 09.08.2023, 10:00 Uhr
Ablauf der Bindefrist: 31.10.2023, 00:00 Uhr
- p) Adresse für elektronische Angebote (URL):
www.vergabe.stadt-frankfurt.de
Anschrift für schriftliche Angebote: Amt für Bau und Immobilien
Submissionstelle 3. OG
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Online-Plattform:
www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- r) Zuschlagskriterien: niedrigster Preis
- s) Eröffnungstermin: 09.08.2023, 10:00 Uhr
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: –
- t) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen
- v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: siehe Vergabeunterlagen
- w) Beurteilung der Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die

Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen: –

- x) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Regierungspräsidium Darmstadt, Vergabekompetenzstelle, Wilhelminenstraße 1 - 3,
64283 Darmstadt

Amt für Bau und Immobilien Schule am Ried, Barbarossastraße 65 – Holzinnentüren –

Offenes Verfahren Nr. 25-2023-00253 nach VOB/A Abschnitt 2

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-46216
Telefax: 069 212-44512
E-Mail: christian.faust@stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-46216
E-Mail: christian.faust@stadt-frankfurt.de
Internet: www.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
1. www.simap.eu/int
2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
25-2023-00253

- 2.2) Beschreibung des Gegenstandes / des Auftrages:
Bauvorhaben/Maßnahme:
Schule am Ried
Erweiterung - Neubau Aula und Cafeteria
Art der Arbeiten/Leistungen:
HolzInnen Türen
- 2.3) Objekt/Liegenschaft:
Schule am Ried
Barbarossastraße 65
60388 Frankfurt am Main-Enkheim
- 2.4) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
06.11.2023 bis 29.03.2024
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
07.09.2023, 10:30 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
06.11.2023 bis 29.03.2024
- 4.1) Zusätzliche Angaben:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt
- Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

**Amt für Bau und Immobilien
Julius-Leber-Schule,
Jakobsbrunnenstraße 1
– Bauleistung ELT KG440 und KG450 –
Öffentliche Ausschreibung Nr. 25-2023-00254
nach VOB/A**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: chunyang.yan@stadt-frankfurt.de
Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 25-2023-00254
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Zugelassene Angebotsabgabe:
 schriftlich
 elektronisch in Textform
 elektronisch mit fortgeschrittener Signatur/Siegel
 elektronisch mit qualifizierter Signatur/Siegel
- d) Art des Auftrags:
 Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)
- e) Ort der Ausführung:
Julius-Leber-Schule
Jakobsbrunnenstraße 1
60386 Frankfurt am Main
- f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen:
Art der Leistung:
Bauleistung ELT KG440 und KG450
Starkstromanlagen, Niederspannungsin-
stallation, Beleuchtung, Erdungsanlage, Datentechnik, Kabel- und Kabelträgerverlegearbeiten, Baustrom, u.a.
Umfang der Leistung:
Bauleistung ELT KG440 und KG450 Starkstrom-
anlagen, Niederspannungsin-
stallation, Beleuch-
tung, Erdungsanlage, Datentechnik, Kabel- und
Kabelträgerverlegearbeiten, Baustrom, u.a.
(Details siehe LV)

- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden: –
- h) Aufteilung in Lose: nein
Ja, Angebote sind möglich:
 nur für ein Los
 für ein oder mehrere Lose
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 18.09.2023
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 15.03.2024
- j) Nebenangebote: zugelassen
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
 nicht zugelassen
- k) Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist: zugelassen
 nicht zugelassen
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:
 Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 Vergabeunterlagen werden nicht elektronisch zur Verfügung gestellt
 Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden: nachgefordert
 teilweise nachgefordert
 nicht nachgefordert
- m) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- o) Ablauf der Angebotsfrist: 23.08.2023, 10:30 Uhr
Ablauf der Bindefrist: 29.09.2023, 00:00 Uhr
- p) Adresse für elektronische Angebote (URL): www.vergabe.stadt-frankfurt.de
Anschrift für schriftliche Angebote: Amt für Bau und Immobilien
Submissionssstelle 3. OG
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Online-Plattform: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- r) Zuschlagskriterien: niedrigster Preis
- s) Eröffnungstermin: 23.08.2023, 10:30 Uhr
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: –
- t) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind: siehe Vergabeunterlagen
- v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften: siehe Vergabeunterlagen
- w) Beurteilung der Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen: –
- x) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A):
Regierungspräsidium Darmstadt, Vergabekompetenzstelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt

Amt für Bau und Immobilien Diesterwegschule – Gerüstbauarbeiten –

Offenes Verfahren Nr. 25-2023-00255 nach VOB/A Abschnitt 2

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers:
Stadt Frankfurt am Main
Amt für Bau und Immobilien
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-46216
Telefax: 069 212-44512
E-Mail: christian.faust@stadt-frankfurt.de

- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
 Amt für Bau und Immobilien
 Solmsstraße 27 - 37
 60486 Frankfurt am Main
 Telefon: 069 212-46216
 E-Mail: christian.faust@stadt-frankfurt.de
 Internet: www.stadt-frankfurt.de
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:
 elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden Sie unter:
 1. www.simap.eu.int
 2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
 25-2023-00255
- 2.2) Beschreibung des Gegenstandes / des Auftrages:
 Bauvorhaben/Maßnahme:
 Abbruch und Neubau
 Art der Arbeiten/Leistungen:
 Auf- und Abbau von Gerüsten incl. Vorhaltung
- 2.3) Objekt/Liegenschaft:
 Diesterwegschule
 60431 Frankfurt am Main
- 2.4) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
 11.12.2023 bis 30.05.2025
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
 14.09.2023, 10:00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung des Auftrages:
 11.12.2023 bis 30.05.2025
- 4.1) Zusätzliche Angaben:
 Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:
 Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Regierungspräsidium Darmstadt, Dezernat III 31.4 - VOB-Stelle, Wilhelminenstraße 1 - 3, 64283 Darmstadt
 Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzulässig, soweit:
 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens zum Zwecke der Aufhebung des Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde (§ 168 Abs. 2 GWB).

Amt für Straßenbau und Erschließung Stadtgebiet Frankfurt am Main – Prüfung von Ingenieurbauwerken – Öffentliche Ausschreibung Nr. 66-2023-00043 nach UVgO

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):
 Stadt Frankfurt am Main
 Amt für Straßenbau und Erschließung
 Adam-Riese-Straße 25
 60327 Frankfurt am Main
 Telefon: 069 212-4895
 E-Mail: vergabe.amt66@stadt-frankfurt.de
- b) Art der Vergabe:
 Öffentliche Ausschreibung
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:
 schriftlich
 elektronisch in Textform
 elektronisch mit fortgeschrittener Signatur
 elektronisch mit qualifizierter Signatur
- d) Bezeichnung des Auftrags:
 Einfache Prüfung Ingenieurbauwerke nach DIN 1076
 Art und Umfang der Leistung:
 Einfache Prüfung diverser Ingenieurbauwerke nach DIN 1076 im Stadtgebiet Frankfurt am Main in 2023
 Ort der Leistung:
 Stadtgebiet Frankfurt am Main, Diverse Ingenieurbauwerke
 NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in Lose: nein
- f) Nebenangebote:
 Nebenangebote sind nicht zugelassen

- g) Ausführungsfrist:
 Beginn: 02.10.2023
 Ende: 22.12.2023
- h) Anfordern der
 Unterlagen bei: siehe a)
- i) Ablauf der
 Angebotsfrist: 17.08.2023, 12:00 Uhr
 Bindefrist: 01.10.2023
- j) Sicherheitsleistungen: –
- k) Zahlungsbedingungen:
 unverzüglich, spätestens 30 Kalendertage nach
 Zugang der prüffähigen Rechnung
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
 (siehe auch FB 124.0)
1. Nachweis der Präqualifikation oder Umsatz
 des Unternehmens in den letzten drei abge-
 schlossenen Geschäftsjahren; Eintragung
 in ein Gewerbe- oder Handelsregister oder
 vergleichbar (ggf.)
 2. Bescheinigung der Berufsgenossenschaft
 (ggf.)
 3. Berufshaftpflichtversicherung mit einer De-
 ckungssumme von mindestens 1,5 Millionen €
 für Personenschäden und 250.000 € für Sach-
 und Vermögensschäden.
 4. Verpflichtungserklärung nach HVTG zu Tariftreue
 und Mindestentgelt vom Bieter
 5. Ggf. Angaben beim Einsatz von Nachunternehmern
 (Bezeichnung der Leistung)
- Personenbezogene Eignungskriterien:
 (Unterlagen der für die Prüfungen vorgesehenen
 Person/Personen)
1. Nachweis Qualifikation Ingenieur/-in
 2. Mindestens 2 Referenzen (FB 124.1 ist aus-
 zufüllen) der letzten 5 Jahre, die mit den zu
 vergebenden Leistungen vergleichbar sind.
 Vergleichbar bedeutet: Einfache Prüfung oder
 Hauptprüfung von Ingenieur- bauwerken nach
 DIN 1076
 3. VFIB - Nachweis
 4. MVAS 99 - Nachweis
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:
 Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien: niedrigster Preis
- o) Nichtberücksichtigte Angebote: –
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen
 Vergabe- und Tariftreuegesetz:
 Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu
 Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen
 Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und
 Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen
 einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern
 vorgesehen, sind sowohl für den Bieter
 als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer
 Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
 Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes
 gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung
 zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden
 Verpflichtung wird vereinbart: ja, siehe Vergabe-
 unterlagen
- q) Sonstige Informationen: –

Branddirektion Feuerwehrstraße 1 – Hilfeleistungslöschfahrzeuge – Offenes Verfahren Nr. 37-2023-00035 nach VgV

- 1.1) Name und Anschrift des öffentlichen
 Auftraggebers:
 Stadt Frankfurt am Main
 Branddirektion
 Feuerwehrstraße 1
 60435 Frankfurt am Main
 Telefon: 069 212-720220
 E-Mail:
 vol-ausschreibungen.amt37@stadt-frankfurt.de
 Internet: www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.2) Weitere Auskünfte erteilen:
 siehe 1.1
- 1.4) Angebote oder Teilnahmeanträge
 sind einzureichen:
 elektronisch via www.vergabe.stadt-frankfurt.de
- 1.5) Die vollständige Veröffentlichung finden
 Sie unter:
 1. www.simap.eu.int
 2. www.vergabe.stadt-frankfurt.de
 3. www.had.de
- 2.1) Vergabenummer:
 37-2023-00035
- 2.2) Art des Auftrages:
 Lieferauftrag
- 2.2) Kurze Beschreibung:
 Herstellung und Lieferung von 22 Hilfeleis-
 tungslöschfahrzeugen mit Beladung
- 2.3) Hauptort der Ausführung (Los 1):
 Branddirektion, Feuerwehrstraße 1,
 60435 Frankfurt am Main
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 1):
 Herstellung und Lieferung von 22 Hilfeleis-
 tungslöschfahrzeugen EN 1846-1 M - 1 - 7 -
 1200 - 10/2000 - 1 gemäß Leistungsbeschrei-
 bung sowie Schulung
 CPV-Referenznummer(n): 34144213-4
- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung
 des Auftrages (Los 1):
 01.01.2024 bis 30.06.2026
- 2.3) Hauptort der Ausführung (Los 2):
 Lieferung zum Sitz des Auftragnehmers Los 1
 (wird durch den Auftraggeber mitgeteilt)
- 2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 2):
 Lieferung von feuerwehrtechnischer Beladung
 gemäß Leistungsbeschreibung
 CPV-Referenznummer(n): 34144213-4 /
 35110000-8
- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung
 des Auftrages (Los 2):
 01.01.2024 bis 30.06.2026
- 2.3) Hauptort der Ausführung (Los 3):
 Lieferung zum Sitz des Auftragnehmers Los 1
 (wird durch den Auftraggeber mitgeteilt)

- 2.4) Beschreibung der Beschaffung (Los 3):
Lieferung von akkubetriebenen Beleuchtungs-
und Arbeitsgeräten gemäß Leistungsbeschrei-
bung sowie Schulung

CPV-Referenznummer(n): 34144213-4 /
35110000-8

- 2.5) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung
des Auftrages (Los 3):
01.01.2024 bis 30.06.2026
- 3.1) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
14.09.2023, 24:00 Uhr
- 3.2) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
15.09.2023
- 3.3) Auftragsdauer bzw. Frist für Durchführung
des Auftrages:
01.01.2024 bis 30.06.2026
- 4.1) Zusätzliche Angaben:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu
Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen
Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe-
und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebots-
unterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von
Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl
für den Bieter als auch für jeden einzelnen
Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen
vorzulegen.
- 5.2) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammern des Landes Hessen bei
dem Regierungspräsidium Darmstadt
Wilhelminenstraße 1 - 3
64283 Darmstadt
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
- Der Antrag auf Einleitung eines Nachprü-
fungsverfahrens ist gem. § 160 GWB unzuläs-
sig, soweit:
1. der Antragsteller den geltend gemachten
Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Ein-
reichen des Nachprüfungsantrags erkannt
und gegenüber dem Auftraggeber nicht inner-
halb einer Frist von zehn Kalendertagen
gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134
Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die
aufgrund der Bekanntmachung erkennbar
sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in
der Bekanntmachung benannten Frist zur
Bewerbung oder zur Angebotsabgabe ge-
genüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die
erst in den Vergabeunterlagen erkennbar
sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der
Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsab-
gabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt
werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang
der Mitteilung des Auftraggebers, einer
Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen
sind.

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungs-
verfahrens zum Zwecke der Aufhebung des
Zuschlages ist außerdem unzulässig, wenn
ein wirksamer Zuschlag erteilt wurde
(§ 168 Abs. 2 GWB).

Branddirektion Feuerwehrstraße 1 – Fahrgestelle für Kommandowagen – Öffentliche Ausschreibung Nr. 37-2023-00037 nach UVgO

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Branddirektion
Feuerwehrstraße 1
60435 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-720221
E-Mail:
vol-ausschreibungen.amt37@stadt-frankfurt.de

Einreichung der Angebote:
Branddirektion
Feuerwehrstraße 1
60435 Frankfurt am Main

- b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:
- schriftlich
 - elektronisch in Textform
 - elektronisch mit fortgeschrittener
Signatur
 - elektronisch mit qualifizierter
Signatur

- d) Bezeichnung des Auftrags:
3 Fahrgestelle für KdoW
- Art und Umfang der Leistung:
Lieferung von 3 baugleichen Fahrgestellen für
Kommandowagen (KdoW)
- Ort der Leistung:
Branddirektion, 37.Z41.1, Feuerwehrstraße 1,
60435 Frankfurt am Main
- NUTS-Code: DE712

- e) Unterteilung in Lose: nein
- f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- g) Ausführungsfrist:
Beginn: 01.10.2023
Ende: 30.09.2025
- h) Anfordern der
Unterlagen bei: siehe a)
- Anforderungsfrist: 01.09.2023, 12:00 Uhr
- Ort der Einsichtnahme in Vergabe-
unterlagen: siehe a)
- i) Ablauf der
Angebotsfrist: 01.09.2023, 12:00 Uhr
Bindefrist: 30.09.2023

- j) Sicherheitsleistungen: –
- k) Zahlungsbedingungen:
gemäß HVTG
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung: –

- m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist):
- 1 Ausschlusskriterien (Voraussetzung für die weitere Angebotswertung)
 - 1.1 Erfüllung aller als Ausschlusskriterium gekennzeichneten Positionen
 - 1.2 Mindestabdeckungsgrad erreicht, max. 10 „NICHT angebotene Positionen“
 - 2 Preis (60%)
 - 3 Abdeckungsgrad der Leistungsbeschreibung (20%)
 - 3.1 Abdeckungsgrad der Leistungsbeschreibung
 - 4 Vierradantrieb (20%)
- o) Nichtberücksichtigte Angebote: –
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen.
Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: ja, siehe Vergabeunterlagen
- q) Sonstige Informationen: –

Gesundheitsamt

Breite Gasse 28

– Röntgendienstleistungen –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 53-2023-00008 nach UVgO

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Stadt Frankfurt am Main
Gesundheitsamt
Breite Gasse 28
60313 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-37873
Telefax: 069 212-30415
E-Mail: vergabe.amt53@stadt-frankfurt.de
- Einreichung der Angebote:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionstelle 3. OG
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
- b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung

- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:

- schriftlich
- elektronisch in Textform
- elektronisch mit fortgeschrittener Signatur
- elektronisch mit qualifizierter Signatur

- d) Bezeichnung des Auftrags:
Röntgendienstleistungen

Art und Umfang der Leistung:

2023 bis 2026:

5.250 Stk. Röntgenuntersuchungen nach GOÄ 5135

90 Stk. Röntgenuntersuchungen nach GOÄ 5137

2026 bis 2029 (optional):

5.250 Stk. Röntgenuntersuchungen nach GOÄ 5135

90 Stk. Röntgenuntersuchungen nach GOÄ 5137

Ort der Leistung:

Gesundheitsamt

Breite Gasse 28

60313 Frankfurt am Main

NUTS-Code: DE712

- e) Unterteilung in Lose: nein

- f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

- g) Ausführungsfrist:
01.11.2023 bis 31.10.2026
01.11.2026 bis 31.10.2029
optionale Verlängerung

Beginn: 01.11.2023

Ende: 31.10.2029

- h) Anfordern der Unterlagen bei: siehe a)

Anforderungsfrist: 17.08.2023, 12:00 Uhr

Ort der Einsichtnahme in Vergabeunterlagen: siehe a)

- i) Ablauf der Angebotsfrist: 17.08.2023, 12:00 Uhr
Bindefrist: 31.10.2023

- j) Sicherheitsleistungen: –

- k) Zahlungsbedingungen:
unverzüglich, spätestens 30 Kalendertage nach Zugang der prüffähigen Rechnung

- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
siehe Anlage „Anforderungen an den Bieter“

- m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.

- n) Zuschlagskriterien: niedrigster Preis

- o) Nichtberücksichtigte Angebote: –

p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen. Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart:
ja, siehe Vergabeunterlagen

q) Sonstige Informationen: –

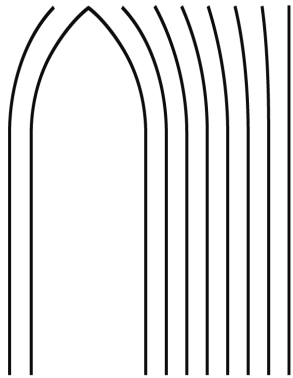
Stadtbücherei Frankfurt am Main Hasengasse 4

– Personal für Sicherheitsdienst –

Öffentliche Ausschreibung Nr. 44-2023-00005 nach UVgO

- a) Auftraggeber (Vergabestelle):
Offizielle Bezeichnung:
Stadtbücherei Frankfurt am Main
Hasengasse 4
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 069 212-40527
E-Mail: simone.piryns@stadt-frankfurt.de
- Einreichung der Angebote:
Amt für Bau und Immobilien
Submissionsstelle 3. OG
Solmsstraße 27 - 37
60486 Frankfurt am Main
- b) Art der Vergabe:
Öffentliche Ausschreibung
- c) Form, in der Angebote einzureichen sind:
- schriftlich
- elektronisch in Textform
- elektronisch mit fortgeschrittener
Signatur
- elektronisch mit qualifizierter
Signatur
- d) Bezeichnung des Auftrags:
Bereitstellung von Personal für den Sicherheitsdienst der Zentralbibliothek der Stadtbücherei Frankfurt am Main
- Art und Umfang der Leistung:
siehe Leistungsbeschreibung
- Ort der Leistung:
Zentrale Erwachsenenbibliothek
Hasengasse 4
60311 Frankfurt am Main
- NUTS-Code: DE712
- e) Unterteilung in Lose: nein
- f) Nebenangebote:
Nebenangebote sind nicht zugelassen

- g) Ausführungsfrist:
Beginn: 01.10.2023
Ende: 30.09.2025
- h) Anfordern der
Unterlagen bei: siehe a)
- i) Ablauf der
Angebotsfrist: 22.08.2023, 12:00 Uhr
Bindefrist: 15.09.2023
- j) Sicherheitsleistungen: –
- k) Zahlungsbedingungen:
unverzüglich, spätestens 30 Kalendertage nach
Zugang der prüffähigen Rechnung
- l) Unterlagen zum Nachweis der Eignung:
- Referenzen (allgemein und vom Einsatz bei
hinsichtlich der Leistungsstruktur vergleichbaren
Objekten) sind vorzulegen. Die Referenzen
(mindestens zwei) müssen mit der Art der
Leistung und mit dem Umfang (Rechnungswert)
sowie der Dauer des zu vergebenden Auftrages
vergleichbar sein. Leistungen, die erst seit
weniger als einem Jahr erbracht werden oder
Referenzen, die älter als fünf Jahre sind, werden
nicht berücksichtigt
- Nachweis einer Haftpflichtversicherung. Mindesthöhe
der Versicherungssumme je Schadensereignis: Für
Personenschäden 1 Mio. Euro, für Sachschäden
250.000 Euro, für das Abhandenkommen bewachter
Sachen 15.000 Euro, für reine Vermögensschäden
15.000 Euro
- Zertifizierung nach EN: ISO 9001 (Qualitätsmanagement)
(Eigenerklärung)
- Zertifizierung gemäß der DIN 77200 (Dokumentierter
Qualitätsnachweis für Sicherheitsdienstleistungen)
(Eigenerklärung)
- m) Kosten der Vergabeunterlagen:
Die Unterlagen werden kostenfrei abgegeben.
- n) Zuschlagskriterien: niedrigster Preis
- o) Nichtberücksichtigte Angebote: –
- p) Weitere Anforderungen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz:
Das Formblatt „Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz“ ist mit den Angebotsunterlagen einzureichen. Ist der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen, sind sowohl für den Bieter als auch für jeden einzelnen Nachunternehmer Verpflichtungserklärungen vorzulegen. Vertragsstrafe wegen schuldhaften Verstoßes gegen eine sich aus der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt ergebenden Verpflichtung wird vereinbart: –
- q) Sonstige Informationen: –



INSTITUT FÜR STADTGESCHICHTE

IM KARMELITERKLOSTER FRANKFURT AM MAIN

In Ihren Büros und im Aktenkeller haben Sie keinen Platz mehr für Ihre Dokumente und Unterlagen und möchten wissen, wie das Verfahren bei der Aktenaussonderung funktioniert?

Das Hessische Archivgesetz verpflichtet die Stellen der Stadtverwaltung, nicht mehr benötigte Unterlagen dem zuständigen Archiv zur Archivierung anzubieten. Dies gilt nicht nur für Akten, sondern auch für Karten, Pläne, Fotos und digitale Materialien. Das Institut für Stadtgeschichte entscheidet in seiner Funktion als Stadtarchiv, welche dieser Unterlagen dauerhaft und fachgerecht aufzubewahren sind und stellt sie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Sie möchten Ihre Verwaltungsunterlagen abgeben? Dann nehmen Sie mit uns Kontakt auf! Wir freuen uns auf Ihre Nachricht!

Institut für Stadtgeschichte:

Münzgasse 9, 60311 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 212 - 33 374

Email: info.amt47@stadt-frankfurt.de

Homepage: <http://www.stadtgeschichte-ffm.de>





#FFM Unsere Stadt

Auf unseren Social Media Kanälen erfahrt Ihr die wichtigsten Neuigkeiten unserer Ämter, Betriebe und Museen.

frankfurt.de/facebook

frankfurt.de/Twitter

frankfurt.de/Instagram

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Richtlinie der Stadt Frankfurt am Main zur Förderung von Interrail Tickets für junge Frankfurter:innen

Förderung von Interrail-Tickets (Global Pass: 1 Monat, 7 Reisetage)

1. Allgemeines

Die Stadt Frankfurt am Main fördert nach den Bestimmungen dieser Richtlinie Europareisen für junge Menschen mit Wohnsitz in Frankfurt am Main mit einem Interrail Ticket (Global Pass: 1 Monat, 7 Reisetage) ins europäische Ausland.

Ziel dieser Förderung ist es, junge Frankfurter:innen beim Reisen durch Europa finanziell zu unterstützen, ihnen durch ihr persönliches Erleben die europäische Idee nahezubringen und so die „europäische Kompetenz“ zu fördern. Hierdurch leistet die Stadt einen Beitrag zur europäischen Integration. Die erworbenen interkulturellen Fähigkeiten und die persönlich erworbene Erfahrung über Europa werden als Bausteine für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt betrachtet. Somit stärkt die Stadt Frankfurt am Main die interkulturelle Bildung von jungen Erwachsenen.

2. Fördervoraussetzungen

Gefördert werden können junge Menschen, die zum Zeitpunkt des Reiseantritts bereits das 18. Lebensjahr aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben, sowie bei Antragsteilung ihren Hauptwohnsitz in Frankfurt am Main haben. Findet ein Wegzug aus Frankfurt am Main vor Reiseantritt statt, kann das zugestellte Ticket dennoch in Anspruch genommen werden.

Ein Interrail Ticket kann bis zu 11 Monate vor einer Reise gekauft werden, daher muss die Reise bis spätestens 11 Monate nach erfolgreicher Antragsstellung angetreten werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, einen Reisebericht und mindestens ein Foto als Nachweis ihrer von der Stadt Frankfurt am Main finanzierten Reise durch Europa zur Verfügung zu stellen.

Vorzulegen sind bis spätestens 6 Wochen nach Beendigung der Reise:

- ein kurzer Reisebericht (max. 2 DIN A 4 Seiten) in Form eines kurzen Reiseblogs in deutscher Sprache mit Fotos (bspw. Kulturstätten, besondere Reiseerlebnisse; es ist darauf zu achten, dass keine Bilder von Personen gemacht werden dürfen, die unmittelbar erkennbar sind)
- eine Einverständniserklärung zur Veröffentlichung des Berichts und der Fotos auf der städtischen Internetseite und den städtischen Social Media Kanälen

oder alternativ vor Reiseantritt ein Link, der auf der städtischen Internetseite veröffentlicht wird und auf einen begleitenden Reiseblog verweist.

Der Reisebericht und die Fotos beziehungsweise der Link zu dem persönlichen Reiseblog sind an interrail@stadt-frankfurt.de zu senden.

3. Antragsverfahren

Der Antrag für das Interrail Ticket ist bei der Stadt Frankfurt am Main über ein Onlineformular auf www.frankfurt.de zu stellen. Antragsstellende übermitteln dazu alle Informationen, die zum Kauf eines Interrail Tickets notwendig sind, und willigen ein, dass diese Daten an die Firma Eurail B.V., Utrecht, weitergeleitet werden dürfen.

Hinweise zum Interrail Ticket „Global Pass: 1 Monat, 7 Reisetage“ finden sich unter: <https://www.interrail.eu/de/interrail-passes/global-pass>.

Einzureichende Unterlagen sind:

- ausgefülltes Online-Bewerbungsformular mit den persönlichen Angaben, Kontaktdaten sowie einer kurzen Motivationsbeschreibung

Die Stadt Frankfurt prüft die angegebenen Daten hinsichtlich Alter und Wohnsitz, um die Berechtigung für das Interrail-Ticket sicherzustellen.

Nach erfolgreicher Überprüfung des Antrags hinsichtlich der in Punkt 2 genannten Fördervoraussetzungen werden am Ende des Bewerbungszeitraums durch die Koordinierungsstelle EU-Angelegenheiten des Dezernats V die Interrails Tickets bei Eurail B.V. bestellt und den Antragstellenden kostenfrei durch Eurail B.V. digital zugesendet.

Im Falle, dass sich mehr junge Bürgerinnen und Bürger um die Interrail Tickets bewerben, als vergeben werden können, entscheidet ein Losverfahren, wobei auf eine adäquate Zuordnung nach Geschlechtern beim Losverfahren geachtet wird.

Im Falle eines Losverfahrens werden die Gewinnerinnen und Gewinner per E-Mail an die angegebene E-Mail-Adresse sowie mit einem offiziellen Schreiben der Stadt Frankfurt am Main postalisch benachrichtigt.

Bei Menschen mit Behinderung wird im Rahmen der Inklusion im Bedarfsfall berücksichtigt, dass eine Begleitperson ohne separates Bewerbungsverfahren ebenfalls eines der maximal zur Verfügung stehenden Interrail Tickets der Stadt Frankfurt am Main erhält. Die personenbezogenen Daten der Begleitperson müssen dennoch im Rahmen des Onlineformulars erfasst werden, um eine verbindliche Bestellung des Interrail Tickets bei Eurail B.V. tätigen zu können .

4. Höhe der Förderung

Gefördert wird ein Global Pass der 2. Klasse (1 Monat, 7 Reisetage: <https://www.interrail.eu/de/interrail-passes/global-pass>) einmalig pro Antragstellerin bzw. Antragsteller.

Es besteht kein Anspruch auf Barauszahlung der Förderung oder auf Erstattung des geförderten Tickets bei Nicht-Antreten der Reise.

Diese Richtlinie ist zunächst für das Haushaltsjahr 2023 gültig und verlängert sich um jeweils ein weiteres Kalenderjahr, wenn im jeweiligen Haushaltsplan entsprechende Finanzmittel bereitgestellt werden.

5. Verwendungsnachweis

Zusätzlich zu den in Punkt 2 aufgelisteten Unterlagen, ist nach Beendigung der Reise (max. 6 Wochen danach) eine Vorlage des digitalen Tickets zu erbringen, aus dem eine Fahrt zu einem in Europa gelegenen Ziel (europäische Zugverbindung) erkennbar ist.

6. Nichtantritt der Reise

Für den Fall, dass die Reise ohne erkennbaren und nachvollziehbaren Grund nicht angetreten wird, behält sich die Stadt Frankfurt am Main vor, die Kosten des Tickets vollumfänglich zurückzufordern.

5. Formale Hinweise

Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung. Es gelten grundsätzlich die Reise- und Beförderungsbestimmungen von Eurail B.V. bzgl. des Global Passes.

6. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 10.07.2023 in Kraft.

O'Sullivan
Stadträtin



Surfen Sie auf unserer Welle!

www.frankfurt.de

Bekanntmachung

Planfeststellungsverfahren nach § 43 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i. V. m. §§ 73 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) und §§ 1 ff. Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) für die Verlegung der Gashochdruckleitung HD 3 (DN 400) in Frankfurt am Main, Stadtteil Fechenheim, zwischen Hanauer Landstraße und Orber Straße;

hier: Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Die nach § 74 Absatz 4 HVwVfG angeordnete Offenlage des Planfeststellungsbeschlusses des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 28. Juli 2023, Az.: III.33.1 – 78b 07.02/1-2021, für das o. a. Vorhaben wird nach § 3 Abs. 1 Satz 2 PlanSiG durch eine Veröffentlichung im Internet ersetzt. Zu diesem Zweck werden der Planfeststellungsbeschluss und die planfestgestellten Pläne ab dem **09. August 2023** auf der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt (<https://rp-darmstadt.hessen.de> – Rubrik: „Presse → Veröffentlichungen und Digitales → Öffentliche Bekanntmachungen → Energienetze“) veröffentlicht.

Darüber hinaus wird die angeordnete Auslegung nach § 74 Absatz 4 HVwVfG als zusätzliches Informationsangebot erfolgen. Dazu wird der Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 28. Juli 2023, Az.: III.33.1 – 78b 07.02/1-2021 zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlagen in der Zeit vom

09. August 2023 bis einschließlich 22. August 2023

bei dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main im Stadtplanungsamt, Kurt-Schumacher-Straße 10, 60311 Frankfurt am Main, Atrium, während der Dienststunden

**montags, dienstags, donnerstags und freitags
in der Zeit von 07.10 Uhr bis 15.40 Uhr
sowie mittwochs
von 07.10 Uhr bis 19.00 Uhr**

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde der Vorhabenträgerin und den Verfahrensbeteiligten, über deren Einwendungen und Stellungnahmen entschieden worden ist mit Rechtsbehelfsbelehrung zugestellt. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Planfeststellungsbeschluss den übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 HVwVfG).

**Regierungspräsidium Darmstadt
RPDA - Dez. III 33.1-78 b 07.02/1-2021**

**Der Magistrat
der Stadt Frankfurt am Main
Stadtplanungsamt**



Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main gedenkt ehrend ihrer Verstorbenen

Im Ruhestand verstorben

02.06.2023	Gläßer, Sybille Stadtschulamt 66 Jahre	08.06.2023	Richter, Renate Büro der Stadtverordneten- versammlung 79 Jahre
02.06.2023	Loerke, Hannelore Gesundheitsamt 98 Jahre	09.06.2023	Görl, Elfriede Kita Frankfurt 73 Jahre
02.06.2023	Paetow, Julia Jugend- und Sozialamt 47 Jahre	12.06.2023	Wrobel, Erwin Personal- und Organisationsamt 67 Jahre
04.06.2023	Bürkner, Norbert Branddirektion 89 Jahre	14.06.2023	Bittner, Gerlinde Bürgeramt, Statistik und Wahlen 61 Jahre
04.06.2023	Klock, Otto ehem. Hochbauamt 90 Jahre	14.06.2023	Müller, Werner Egon Branddirektion 88 Jahre
05.06.2023	Cerwenka, Klaus Stadtentwässerung Frankfurt am Main 71 Jahre	15.06.2023	Erk, Annemarie Stadtschulamt 87 Jahre
05.06.2023	Weil, Liesel Stadtbücherei 86 Jahre	20.06.2023	Alberle, Marianne Ordnungsamt 93 Jahre
06.06.2023	Kaloudi, Madeleine Grünflächenamt 95 Jahre	23.06.2023	Korth, Reinhold ehem. Hochbauamt 96 Jahre
06.06.2023	Maul, Hans-Stefan Zoologischer Garten Frankfurt 63 Jahre	25.06.2023	Hellwig, Dieter Jugend- und Sozialamt 87 Jahre
06.06.2023	Sahim, Rifat Stadtentwässerung Frankfurt am Main 78 Jahre	29.06.2023	Ohlenschläger, Peter Branddirektion 85 Jahre
07.06.2023	Hammesfahr, Ursula Stadtschulamt 83 Jahre		

Impressum

Herausgeber: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main.
Redaktion: Presse- und Informationsamt, Römerberg 32, 60311 Frankfurt am Main, Susana Pletz, Telefon: 069 212-35674, E-Mail: amtsblatt@stadt-frankfurt.de, Internet: www.frankfurt.de. Herstellung, Druck und Abonnementverwaltung: LINUS WITTICH Medien KG, Industriestraße 9 - 11, 36358 Herbstein. Abonnement: 52 Ausgaben pro Jahr, 104 Euro (inkl. 7 % MwSt.). Einzelbezug: 2 Euro zzgl. 1,45 Euro Versandkosten, über Presse- und Informationsamt (Adresse siehe Redaktion). Kündigung des Abonnements: schriftlich, sechs Wochen voraus zum 1. Juli oder 1. Januar jeden Jahres, über Presse- und Informationsamt. Anschriftenänderung, Reklamation und sonstige Änderung an den Bezieherdaten: über Presse- und Informationsamt: Neubestellung jederzeit möglich, über Presse- und Informationsamt. Der Redaktionsschluss für die Veröffentlichungen im Amtsblatt ist jeweils mittwochs 10.00 Uhr. Änderungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.

<p>┌</p> <p>(Anschriftenfeld)</p> <p>└</p>	<p>┌</p> <p>Stadt Frankfurt am Main – Presse- und Informationsamt</p> <p>60021 Frankfurt, Postfach 102121 – 4811 –</p> <p>└</p>
--	---



Inhalt

- Der Main als Handelsstraße und Lebensader
(Seite 1025 bis 1026)
- Öffentliche Ausschreibungen
(Seite 1027 bis 1045)
- Richtlinie der Stadt Frankfurt am Main zur Förderung von Interrail Tickets für junge Frankfurter:innen
(Seite 1048 bis 1049)
- Bekanntmachung
Planfeststellungsverfahren, Verlegung der Gashochdruckleitung HD3 (DN 400) in Frankfurt am Main-Fechenheim
(Seite 1050)
- Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main gedenkt ehrend ihrer Verstorbenen
(Seite 1051)